

Posener Tageblatt

Erschienen
für 1933
Kosmos
Terminkalender
Zu haben in allen
Buchhandlungen.
Preis 4.-.

Bezugspreis: ab 1. 7. 1932 Postleitzug (Polen und Danzig) 4.- gr. in
Posen Stadt in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 4.- gr.
durch Boten 4.- gr. Posen in den Ausgabestellen 4.- gr. durch Boten
4.- gr. Unter Streifband in Polen u. Danzig 6.- gr. Deutschland und
übriges Ausland 8.- gr. Einzelnummer 0.- 20 gr. Bei höherer Gewalt
Betriebsstörung oder Arbeitnehmerleidung besteht kein Anspruch auf
Rücklieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises —
Redaktionelle Zuschriften sind an die „Schriftleitung des Posener Tage-
blatts“. Poznań, Zwierzyniecka 6, zu richten. — Fernspr. 6106, 6275
Telegramm anschrift: Tageblatt Poznań Postcheck-Konto in Polen:
Poznań Nr. 20228 (Concordia Sp. Ak. Druckerei i Wydawnictwo,
Poznań) Postcheck-Konto in Deutschland: Breslau Nr. 6184 —



Anzeigenpreis: Im Anzeigenfeld die aktigezeitliche Millimeter-
seile 15 gr. im Textteil die viergehaltene Millimeterseite 75 gr. Deutschland und
übriges Ausland 10 bis 60 Goldpf. Platzvorrichtung und
eigentlicher Satz 60%, Kusschlag. Abstellung von Anzeigen am
christlichen Ende. — Postentgelte 100 Groschen — für das Er-
scheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Städten und für
die Aufnahme überhaupt wird keine Gewähr übernommen. — Keine
Haftung für Fehler infolge andeutlicher Manuskripte. — Anschrift für
Anzeigenanfragen: Kosmos Sp. o. o. Poznań, Zwierzyniecka 6.
Fernsprecher: 6275, 6106. — Postcheck-Konto in Polen: Poznań
Nr. 207915, in Deutschland: Berlin Nr. 156102 (Kosmos Sp. o. o.
Poznań). Gerichts- und Erfüllungsort auch für Zahlungen Poznań

Emero'
Bremsbelag
Hart u. doch biegam
nur bei
W. Müller
Poznań, Fabriksgasse 11.

71. Jahrgang

Dienstag, 29. November 1932

Nr. 274

Vorbereitungen

Die Regierungsbildung in Deutschland

Der Schein trügt — Auflösung des Reichstags? — Vor der Entscheidung

Nachdem der Reichspräsident die Verhandlungen mit seinen vertrauten Ratgebern abgebrochen hat, ohne seine lezte Entscheidung zu treffen, ist die große Politik schier auf Hohenpendlauf gegangen. Über dieser Schein trügt, denn hinter der äußerlichen Ruhe werden eistig Fäden gesponnen und Führer ausgesucht.

In politischen Kreisen und in der politischen Presse wird der Sinn des Tages und der Verhiebung der letzten Entscheidung durch Hindenburg nicht einheitlich beurteilt. Während die Presse im allgemeinen und mit ziemlicher Bestimmtheit annimmt, daß die jetzt eingetretene äußerliche Pause den entscheidenden Persönlichkeiten den Versuch ermöglichen soll, mit einer Mehrheit des Reichstags einen Waffenstillstand etwa bis zum Frühjahr unter Selbstauskaltung des Parlaments zu vereinbaren, hört man aus politischen Kreisen, die als gut unterrichtet gelten dürfen, die Ansicht äußern, daß ein Waffenstillstand zwischen Präsidialregierung und Parlament zwar wünschenswert sei, aber wohl als kaum erfahrbare Hoffnung angesehen werden müsse. Man weiß dabei darauf hin, daß die Gesamtbildung der Nationalsozialisten, gegen deren Willen bekanntlich eine Vertragung des Reichstags unmöglich wäre, so eindeutig auf Kampf festgelegt sei, daß eine Ablehnung ihrer Haltung oder eine Milderung ihnen nicht mehr möglich sein werde.

Hieran knüpft die „Kölner Blätter“ die nachstehenden Betrachtungen:

„Wenn diese Auffassung zutreffend ist — und es muß leider zugegeben werden, daß vieles für ihre Richtigkeit spricht —, dann hätten in der Tat weitere Bemühungen um einen Waffenstillstand keinen rechten Wert mehr, und auch die Kandidatenauswahl durch den Reichspräsidenten könnte daran nichts mehr ändern. Auch hört man weiter die Meinung vertreten, daß eine Selbstauskaltung des Reichstags schließlich den Reichstag nicht der Möglichkeit verleihe, wieder zusammenzutreten und durch oppositionelle Beschlüsse vielleicht in den schwersten Krisenmomenten die Maßnahmen der Präsidialregierung zu durchkreuzen. In diesem Fall würde es unbedingt zu dem scharfen Konflikt kommen, den man gern vermieden sähe.“

Die Verfechter dieser Auffassung glauben daher, daß eine baldige Auflösung des Reichstags, etwa unmittelbar nach seiner Konstituierung, unvermeidlich sei und daß diesem Schritt eine Vertragung der Wahlen bis zum Frühjahr ohne Rücksicht auf die Bestimmungen der Verfassung folgen werde.

Da diese gewaltsame Lösung nicht von einem Kabinett durchgesuchten werden könnte, das wie die Regierung Papen in ihrer bisherigen Zusammensetzung sich auf schmäler Grundlage im Parteidienst aufzubauen seien, die jetzt im geheimen geführten Besprechungen darauf abgestellt, die politischen Grundlagen soweit wie möglich zu verbreitern. Man will damit lügen, daß der Versuch unternommen werden muß, außer den Deutschen Nationalen und der Deutschen Volkspartei auch noch das Zentrum für eine zukünftige Präsidialregierung als Stütze zu gewinnen. Dabei denkt man Sicherem Vernehmen nach sogar daran, die Unterstützung des Zentrums auch für ein etwaiges neues Präsidialkabinett Papen zu gewinnen. Man wird jedoch gut tun, die Aussichten dieser Bemühungen als außerordentlich gering anzusehen, da die Gegnerchaft des Zentrums gegen Papen in der letzten Zeit sich eher verstärkt, denn vermindert hat.

Günstiger zu beurteilen wären diese Bemühungen, wenn sie für ein Kabinett Schleicher angestrebt würden. Aber der Reichswehrminister hat sich bisher auf alle Anregungen und alles Zureden hin durchaus ablehnend hinsichtlich seiner Kandidatur für den Kanzlerposten verhalten. Er hat vor allem die größten Bedenken dagegen, eine Verbindung des Kanzleramts mit der Leitung des Reichswehrministeriums in seiner Person herzustellen und dadurch, wie er wohl befürchtet, die Reichswehr in den Bereich politischer Auseinandersetzungen und Bestrebungen hineinzustellen. Doch wäre immerhin denkbar, daß auch hier eine Lösung gefunden würde, welche den Bedenken des Reichswehrministers Rechnung trüge. Weitere Bedenken bestehen bei Schleicher wohl auch insofern, als er, der bisher Vertrauensmann der Nationalsozialisten war, nicht durch die Übernahme des Kanzleramts oder durch seine späteren Maßnahmen in einen Kontrakt zu den Nationalsozialisten geraten möchte. Von deutschnationaler Seite wird im übrigen zu verstehen gegeben, daß man den Reichswehrminister nicht gern als Kanzler hätte und bei einer Wahl zwischen beiden Hauptkandidaten den jüngigen Reichskanzler von Papen trotz gewisser Bedenken im einzelnen den Vortzug geben würde. Voraussetzung für eine Kandidatur Schleicher wäre, daß er selbst sich grundsätzlich zur Übernahme des Kanzleramtes entschloße. Das letzte Wort über die Frage Papen oder Schleicher ist noch nicht gesprochen.

Die Entscheidung über diese und alle anderen Fragen wird in politischen Kreisen für frühestens heute, Montag abend, erwartet.

In strengster Vertraulichkeit dürften inzwischen bereits die ersten Führer zu den Kandidaten ausgestrahlt worden sein, die für die neue Besetzung einiger wichtiger Ministerien in Frage kommen. In Kreisen, die eine Mitwirkung des Zentrums sogar unter einem Reichskanzler von Papen nicht für ausgeschlossen halten, glaubt man zu der Annahme berechtigt zu sein, daß das Zentrum hinsichtlich der Besetzung der Ministerien schwere Bedingungen stellen werde. Zunächst freilich müßte mit dem Zentrum über seine grundsätzliche Einstellung zu Papen eine endgültige Klärung herbeigeführt werden. Auch bei den Deutschen Nationalländern sind, wie man in unterrichteten Kreisen längst weiß, stark ausgeprägte Wünsche für die organisatorische Umstellung und personelle Besetzung einer zukünftigen Präsidialregierung vorhanden. Größtes Gewicht legt der Führer der Deutschen Nationalen darauf, selbst an entscheidender Stelle im Kabinett zu sitzen, und zwar hat er für diesen Fall, wie es heißt, in der Form einer unabänderlichen Bedingung vorgesehen, daß die vier wirtschaftlichen Ministerien, also Wirtschaft, Arbeit, Ernährung und Finanzen, in seiner Hand und unter dem Namen Kabinettsministerium zu vereinigen seien.

Es handelt sich hier um einen alten Plan, der vor Jahren bereits unter dem Kennwort „Direktorium“ in politischen Gesprächen eine Rolle spielte. Der Plan ist seinerzeit nicht zur Ausführung gekommen, und auch seine jetzigen Aussichten werden mit einiger Skepsis beurteilt. Will man das Zentrum für die Präsidialregierung gewinnen, werden die Ansprüche Hugenberg's ohne Zweifel zu lebhaften Auseinandersetzungen gerade mit dem Zentrum führen. Wie die hier bestehenden Gegensätze überbrückt werden könnten, ist zunächst völlig unklar.

Ein Kabinett Schleicher?

Berlin, 28. November.

Um gestrigen Sonntag hat eine Reihe von Besprechungen stattgefunden, die der Entwirrung der innerpolitischen Lage dienen sollten. Allerdings ist entgegen der Ankündigung eines Berliner Sonntagsblattes beim Reichspräsidenten kein Partei führendem Pfarrer oder dergleichen gewesen, sondern es handelte sich gestern im wesentlichen um die unoffizielle Fühlung, die General von Schleicher nach der vorgestrittenen Konferenz beim Reichspräsidenten mit einer Reihe von Persönlichkeiten des parlamentarischen Lebens aufzunehmen absichtigte. Nach Aussage weiter politischer Kreise ist ein Kabinett unter Führung des jüngigen Reichswehrministers wahrscheinlich.

Russisch-polnischer Vertrag in Kraft

Warschau, 28. November. (Eig. Teleg.)

Nachdem in der vorigen Woche das polnisch-russische Ausgleichsabkommen, die letzte noch fehlende Ergänzung zum polnisch-russischen Nichtangriffspakt, unterzeichnet worden war, ist am gestrigen Sonntag das ganze Vertragswerk zwischen Warschau und Moskau gleichzeitig vom polnischen Staatspräsidenten Mościcki und vom russischen Staatsoberhaupt Kalinin ratifiziert und damit in Kraft gesetzt worden. Dem polnischen Parlament hat man den Rat zur Ratifizierung nicht erst vorgelegt. Offiziös wurde dies damit begründet, daß auch in Russland nur das Staatsoberhaupt die Ratifizierung vornähme. Es dürfte dabei auch der Wunsch mitgeprägt haben, parlamentarische Auseinandersetzungen zu vermeiden, die vielleicht einen ungünstigen Eindruck auf den rumänischen Verbündeten gemacht hätten, der jetzt in seiner Russlandpolitik eigene Wege geht. Mit dem großen französischen Verbündeten sieht man sich jetzt in der Ostpolitik wieder in völliger Übereinstimmung, nachdem bereits für Dienstag auch die Unterzeichnung des französischen Nichtangriffspaktes angekündigt worden ist. Außenminister Oberst Beck hat denn auch gestern abend Gewissheit lassen, um sich zu seinem ersten offiziellen Besuch nach Paris zu begeben.

Einreiseverweigerung für Trotski in Norwegen

Oslo, 28. November. Pressemeldungen zufolge hat das Justizministerium das Einreisegebot Trotskis abgelehnt.

Bremen, 28. November. Im bremerischen Landgebiet fanden gestern die Wahlen zu den Gemeindeausfällen statt. Es erhielten SPD. 91 (109), KPD. 8 (vorher keine eigenen Wahlvorschläge), NSDAP. (vorher ebenfalls nicht mit eigenen Wahlvorschlägen vertreten) 14 Mandate. Die übrigen Wahlvorschläge (bürgerliche) erzielten 71 (75) Mandate.

Wohin, Herr Oberst Beck?

E. Jh. Unsäglich bereitete Polens größte und sensationslüsternste Blatt, der Krakauer Kurier, allen Lesern, die sich um politische Dinge kümmern, eine Sensation, die in der Tat alles bis dahin Dagewesene (und im Krakauer Kurier ist, weiß Gott! schon manches dagewesen!) weit in den Schatten stellte: der Krakauer Kurier, der sonst immer mit besonders großem Pathos für die Heiligkeit der letzten sogenannten Friedensverträge einztrat, sprach sich gegen den Versailler Vertrag aus, dafür aus, daß man Deutschland Gerechtigkeit zuteil werden lassen möchte. Er geizte darüber hinaus das Versailler Diktat als unmoralisch. Mehr kann man auch von einem Krakauer Kurier nicht verlangen!

Wer an dieses schöne Bekenntnis eines reuigen Sünders nicht glauben will, sehe sich die Nummer des Krakauer Blattes vom 17. November an. Gleich in dem ersten Artikel „Polnische Antwort an die englischen Moralprediger“ steht es. Auf der zweiten Seite des umfangreichen Artikels ist wörtlich zu lesen: „Die Deutschen investierten in die Kolonien bedeutende Kapitalien und hatten darum ein wirtschaftliches Recht auf die Gewinne aus diesen Investitionen. Dieses wirtschaftliche Recht, das die eigentliche Grundlage kapitalistischer Entwicklung ist und deren Vergewaltigung dem Bolschewismus gleichkommt, wurde in Versailles annulliert, nicht aus moralischen Rücksichten, sondern um Deutschlands Macht zu schwächen.“

Das ist ein schönes Geständnis. Ein Geständnis, das in einem nachdenklichen Menschen von selbst die Frage wachruft, ob nicht beispielsweise die Agrarreform unter ähnlichen Merkmalen (Verleistung des wirtschaftlichen Anspruchs auf die Nutzung von investiertem Kapital) durchgeführt wird und ob diese agrarpolitischen Maßnahmen nicht ähnlich beurteilt werden müssen wie die Wegnahme der deutschen Kolonien. Nein, nicht deshalb sei auf diese Stimme des Krakauer Blattes heute hingewiesen, um zu der Agrarreform Stellung zu nehmen, die ja ohnehin zur Zeit vor einem größeren, weltpolitischer bedeutsameren Forum beuteilt wird.

Aber: wie kommt dieses polnische Blatt das sich sonst im Deutschenhof selbst überschlägt, dazu, so demütig Buße zu tun? Nun, aus dem Artikel geht deutlich genug hervor, daß sich dieses Geständnis nur aus Versehen der bedrängten Seele eines polnischen Journalisten entrunnen hat, eines Journalisten, der den Engländern eins auswischen wollte, weil sie sich neuerdings in, nach Ansicht des Krakauer Blattes, etwas zu ausgiebig und Polen unerwünschter Weise für polnische Fragen interessieren.

Aber immerhin einiges über Polens augenblickliche Lage, was ernste Beachtung verdient, besagt der Aussatz doch: Die Dinge in Europa sind heute im Flusse wie kaum jemals seit der offiziellen Beendigung des großen Krieges und Polens außenpolitische Zielsezung ist auch für den Journalisten einer Zeitung, die der Regierung nahe steht, durchaus unklar. Polen steht außenpolitisch vor äußerst wichtigen Entscheidungen.

In den nächsten Monaten muß sich im

Kampf um die deutsche Gleichberechtigung das Schicksal Europas entscheidet. Amerika, Italien, England wollen sie gewähren, Frankreich macht Schwierigkeiten. Aber kann es Frankreich zu einem Bruch kommen lassen, wo ihm eine völkerliche Isolierung droht und Amerika darüber hinaus dann in der Kriegsschuldenfrage dem französischen Rentner bestimmt keine Zugeständnisse macht? Nichts könnte Frankreichs „Sicherheit“ so sehr gefährden, wie eine derartige oppositionelle Welteinheitsfront. Darum wird in irgendeiner erträglichen Form die Gleichberechtigung Deutschlands (ohne Gefährdung der französischen Sicherheit) ausgesprochen werden müssen. In Polen weiß man sehr gut, was dann die Stunde geschlagen hat: wosfern man sich nicht dem Russen bedingungslos an den Hals werfen will, wird eine Verständigung mit Deutschland herbeigeführt werden müssen. Vor dieser Notwendigkeit gibt es dann, wenn die ernste deutsch-französische Streitsfrage aus dem Wege geräumt ist, keinen Ausweg.

Darum betreibt Polen wieder im beschleunigten Tempo die Ratifizierung des Nichtangriffspaktes mit der Sowjetunion, darum bemüht es sich seit einiger Zeit um freundlichere Beziehungen zu Bulgarien und zur Tschechoslowakei. Es braucht Erfas für das abgesprungene Rumänien und für Frankreich, dessen Gefühle seit Zaleskis Rücktritt und seit Oberst Beck die französische Militärkommission Warschau verlassen ließ erkaltet sind: Der französische Abrüstungsplan kam ohne Fühlungsnahme mit dem polnischen Bundesgenossen zustande.

Darum sucht Polen nach Ersatzverbündeten im Donauraum. Eine Polnisch-Bulgarische Handelskammer wurde gegründet und zwischen den bulgarischen und polnischen Presse wurde vereinbart, sich gegenseitig Informationen zuteil werden zu lassen. Noch deutlicher ist der polnische Gefühlsmischtag gegenüber der Tschechoslowakei. Neben dem Steckenpferd des Deutschenhauses ritt der Krakauer Kurier mit besonderem Eifer bisher stets noch das des Tschechenhauses. Neuerdings sind diese Töne seltener geworden. Ja, der Krakauer Kurier, der es ja immer besonders gut verstanden hat, dem Zug der politischen Konjunktur zu folgen, scheute sich nicht, einen polnisch-freundlichen Artikel aus dem Preßburger „Slovak“ abzudrucken und mit ebenso tschechenfreundlichen Anmerkungen zu versehen.

Nun soll man eine solche Erscheinung nicht gleich überschäzen. Von einem tschechisch-polnischen Schutz- und Truhshndnis kann zunächst noch keine Rede sein. Aber richtig ist, daß nach Prag und Sofia ebenso Fühlung genommen wird, wie nach der Sowjetunion. Aber: es ist undenkbar, daß sich Polen auf einem Bündnissystem mit der Sowjetunion, Bulgarien und der Tschechoslowakei zurück legen kann.

Warum ist Graf Szembek nach Paris und London gereist und warum gab es in Berlin ein Frühstück des deutschen Außenministers mit dem polnischen Berliner Geschäftsträger Wysocki und Herrn Szembek, warum war vorher Herr Wysocki in Warschau und warum benützte der polnische Außenminister von Berlin aus den Zug nach Genf, in dem auch der deutsche Außenminister die Reise zur Ratstagung antrat? Ohne Frage ist das alles nur geschehen, um vorzuführen, ob aus der internationalen, Polen durchaus unerwünschten Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung etwas wird und um gegebenenfalls mit Deutschland in Fühlung zu kommen, ehe es gleichberechtigt dasteht, um sich dann ganz gewiß eine Vereinbarung mit Polen nicht mehr so billig bezahlen zu lassen, wie das heute wohl noch möglich ist. Kann Polen heute nicht auch auf die sich anbahnenden freundschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion, zu Bulgarien und zur Tschechoslowakei hinweisen, Beziehungen, die Deutschland nicht gleichgültig sein können und die leichthin eine Wendung nehmen können, die den deutschen Interessen unerwünscht sein müßt?

Wir wissen nicht, was zwischen den deutschen und polnischen Staatsmännern schon alles besprochen worden ist. Sicher ist, daß es für Polen nur eine vernünftige Verteilung gibt; die zu

Deutschland. Wenn die Schwierigkeiten auch bedeutend sind, niemand kann Polen eine so wertvolle politische, wirtschaftliche und moralische Entlastung zu teilen werden lassen, wie Deutschland. Möchte sich der rechte Weg finden lassen.

Die Danziger Frage

Der Złoty wird nicht eingeführt

Entspannung — Aufhebung der Zeitungsverbote

Die unmittelbaren Verhandlungen zwischen dem Danziger und polnischen Vertreter in Genf haben Sonnabend abend zu einem Übereinkommen über vier von etwa 35 zwischen beiden Parteien schwierigen Streitfragen geführt. Das Übereinkommen wurde von dem Danziger Senatspräsidenten Dr. Ziehm und dem polnischen Minister des Auswärtigen, Oberst Beck, unterzeichnet. In dem Abkommen werden folgende Fragen geregelt:

1. Polen verpflichtet sich, die Einführung des Złotys auf den Danziger Eisenbahnen nicht vorzunehmen. Der polnische Regierungserlaß, der die Einführung für den 1. Dezember 1932 vorsah, wird dadurch hinfällig. Polen behält sich allerdings in einem dem Übereinkommen beigefügten Briefwechsel zwischen Oberst Beck und dem Präsidenten des Senats Dr. Ziehm die Möglichkeit vor, „wenn die Umstände es gestatten“, auf Grund des Artikels 36 des Pariser Abkommens in Danzig den Antrag auf Einleitung von Verhandlungen zur Angleichung der beiden Währungssysteme zu stellen.

2. Die beiden Parteien nehmen das Gutachten des Ständigen Internationalen Gerichtshofes im Haag über die Rechte der polnischen Staatsangehörigen in Danzig an. In diesem Rechtsgutachten wird festgestellt, daß die polnischen Staatsangehörigen in Danzig nicht mehr Rechte genießen als die Angehörigen jeder anderen Minderheit und nicht etwa die Rechte eines Staatsvolls, wie Polen dies verlangte. In diesem Falle behält sich Polen die Möglichkeit vor, dem Danziger

Senat bis zum 20. Dezember noch gewisse Wünsche über die Behandlung seiner Staatsangehörigen durch Danzig zur Kenntnis zu bringen. Sollte über diese Wünsche bis zum 1. April 1933 keine Einigung erzielt sein, dann sollen auf Verlangen Polens später auf der Grundlage des Gutachtens des Haager Gerichtshofs Verhandlungen eingeleitet werden.

3. Die Beteiligung Polens an den Schulen in Danzigs für die Kinder von polnischen Eisenbahnangestellten, Beamten und Pensionären wird mit rückwirkender Kraft von 1928 an im einzelnen in dem Abkommen festgelegt.

4. Polen und Danzig haben gegenseitig verschiedene für längere Dauer gegen polnische und Danziger Zeitungen erlassene Verbote ohne Begrenzung der Dauer auf.

Ueber die grundätzliche Frage der Vereinbarung eines neuen Verfahrens im Falle einer „action directe“ wird ein Ratsausschluß dem Völkerbundrat im Januar Bericht erstatten.

Ueber die Ernennung eines neuen Völkerbundkommissars für Danzig wird in den nächsten Tagen verhandelt, nachdem der Generalsekretär Sir Eric Drummond entsprechende Vorschläge gemacht haben wird. Da der Amtsantritt des neuen Völkerbundkommissars jedoch vor dem 1. Dezember kaum noch erfolgen dürfte, wird voraussichtlich der Auftrag des vorläufigen Völkerbundkommissars Rosling (Dänemark) bis Ende Dezember oder Mitte Januar 1933 verlängert werden.

Noch eine Note an Amerika

Englische Blätter erklären

London, 28. November. In den maßgebenden Morgenblättern wird zwar immer wieder hervorgehoben, daß das Kabinett noch keine Entscheidung darüber gefällt habe, was im Falle einer ablehnenden Haltung Amerikas in der Frage der Schuldenzahlung zu geschehen habe. Aber es scheint doch als sicher betrachtet zu werden, daß falls der Kongress in Washington bei seiner Haltung bleibt, die Zahlung erfolgen wird, vielleicht unter Benutzung der in Aussicht gestellten Erleichterungen (Zahlung in Sterling-Währung und allmäßlicher Transfer des Betrages). Die „Times“ sagen, was Amerika interessiere, sei die Wirkung des Transfers von ungefähr 29 Millionen Pfund Sterling auf die Wechselkurse, die Warenpreise und den internationalen Handel, besonders den amerikanischen Handel. In dieser Beziehung könne betont werden, daß das weitere Sinken des Sterlingkurses, mit dem im Falle der Zahlung bestimmt zu rechnen sei, die Kaufkraft Englands und damit auch den sinkenden amerikanischen Ausfuhrhandel weiter schmälern müsse. Noch ernster würde, auch vom amerikanischen Standpunkt betrachtet, die Wiederaufrollung der Reparationsfrage und die damit verbundene Zerstörung des Vertrauens auf die Zukunft sein. Schließlich verlangen die „Times“, daß die neue britische Note keinen Zweifel daran lasse, daß England zahlen werde, falls Amerika darauf bestehe.

Auch das Arbeiterblatt „Daily Herald“ wendet sich gegen die „unverantwortliche und schädliche Propaganda“, die darauf abzielt, daß Großbritannien seine Zahlungsunfähigkeit erklären soll. Hingegen sind „News Chronicle“ der Meinung, daß der Beifluss einer Zahlungsverweigerung den britischen Kredit im allgemeinen nicht untergraben würde.

Kein Moralatorium ohne Gegenleistung

Paris, 28. November. Zu der ablehnenden Haltung Amerikas in der Schuldenfrage schreibt „Journal“, man könne davon überzeugt sein, daß die Amerikaner die Schuldenforderung ohne Gegenleistung weder streichen noch herabsetzen würden. Man spreche in diesem Zusammenhang von Bewilligung kommerzieller Zugeständnisse und Beschleunigung der Abrechnung.

Polens Schulden an Amerika

Warschau, 28. November. (Eig. Tel.)

Genau wie alle anderen Schuldnerstaaten Amerikas, hat auch Polen auf seine Bitte um Stundung der Schuldenrate vom 15. Dezember bekanntlich eine abschlägige Antwort erhalten. Die Sondernote Washingtonts, die diese Antwort mitteilte, war aber in der Form so milde gehalten, daß die Warschauer Regierung daraus den Mut geschöpft hat, mit ihrer Bitte zum zweiten Male zu kommen und in einer neuen Note nochmals die Stundung der Dezemberrate anzuregen. Polen stützt sich bei diesem Vorgehen anscheinend auf die Tatsache, daß seine Schulden bei den Vereinigten Staaten nicht ebenso wie die der westeuropäischen Schuldnerländer eigentliche Kriegsschulden sind. Der Hauptteil der polnischen Schulden ist vielmehr bekanntlich erst 1919 aus Anlaß der sog. Hungerhilfsaktion Hoovers für Westeuropa entstanden gekommen. Die Aussichten des neuen polnischen Schrittes sind allerdings nicht allzu groß, und im Finanzministerium dürfte man sich bereits ernstlich mit der Notwendigkeit beschäftigen, am 15. Dezember zum ersten Male nach dem Hoover-Moratorium des Vorjahres doch zu zahlen. Im Außenministerium aber hofft man anscheinend, durch die neue Note wenigstens die Diskussion über die Schuldenstreitfrage fortzuführen und dadurch schließlich zu einem positiven Ergebnis zu gelangen.

Antisemitische Kundgebungen in Lemberg

Warschau, 28. November. (Eig. Tel.)

In Lemberg kam es gestern wiederum zu neuen antisemitischen Studentenruhern. Den Anlaß dazu gab der Totschlag eines polnischen Korporationsstudenten, der in einem Flugblatt jüdischen politischen Gegnern zur Last gelegt wurde. Es ist aber inzwischen aufgeklärt worden, daß der Totschlag bei einem nächtlichen Zusammenstoß zwischen Studenten und Straßenpolizei vor einem Vergnügungslokal erfolgte und mit irgendwelchen politischen oder nationalen Gegensätzen nichts zu tun hat. Das Flugblatt welches eine falsche Darstellung des Vorganges gab und wohl zu Ausschreitungen aufreizte, war von einer gro-

ßen polnischen Studentenorganisation unterzeichnet. Man hat jedoch festgestellt, daß die Unter-schrift eine Fälschung war. Starke Abteilungen von Sicherheitsmannschaften zu Fuß und zu Pferde sperren gestern das Judenviertel weitgehend ab. Trotzdem kam es zu einer Anzahl von Überfällen auf jüdische Passanten, von denen mehrere schwer verletzt wurden.

Zwischenfall mit dem Henker Braun

Auch er ist entlassen?

Nach einer Prinatmeldung des „Kurier Poznański“ hat der Nachfolger des früheren Henkers Maciejewski, Braun, wegen Beteiligung an einem Zwischenfall, der sich in einem Nachtlökal ereignete, die Entlassung erhalten. Es sollen sich daraus im Laufe eines Tages etwa hundert Kandidaten für diesen Posten gemeldet haben, eine Menge, die wohl nur darum berechnet ist, entsprechende Sensationsgefühle auszulösen.

Der Vorfall selbst ereignete sich in dem Warschauer Nachtlökal „Swiat“, in das auch der 21jährige Henker Autur Braun in Begleitung seiner beiden Gehilfen Józef Culiński und Michał Pałac eingetreten war. Einer der Gäste erkannte Braun und sagte laut: „Da ist der Nachfolger von Maciejewski eben gekommen.“ Bald drängten sich die Gäste um den Tisch, an dem der Henker mit seinen Gehilfen saß. Einige verlangten von dem Henker, daß er etwas spendieren sollte. Deshalb kam es zu einem Wortwechsel, der in eine Schlägerei ausartete, bei der Gläser, Teller und auch Stühle in Bewegung gebracht wurden. Die Frau des Inhabers schrie einen der Kellner nach dem Schuhmann und läutete selbst die Polizei an. Inzwischen ging die Schlägerei lustig weiter. Die Begleiterinnen einiger Gäste streuten dem Henker und seinen Gehilfen Salz und Pfeffer in die Augen. Die so überschallenen Männer griffen schließlich, da sie gelangt zu werden fürchteten, in die Tasche und rissen: „Keinen Schritt mehr, sonst schießen wir!“ Das half. Bald leerte sich der Raum, in dem sich nun die drei einschlossen. Nachdem noch zwei Scheiben in der Tür eingeschlagen worden waren, erschienen fünf Schlägler, die jedoch feststellen mußten, daß die Angreifer bereits das Weite gesucht hatten. Die drei Verletzten wurden zum Kommissariat gebracht, wo man ein entsprechendes Protokoll aufnahm.

König Zygmunt und Herr Grażynski

Wie der „Glos Narodu“ meldet, ist in einer Versammlung der polnischen Gemeinderäte aus dem Kreis Rybnik eine Huldigungssrede an den schlesischen Wojewoden Grażynski gerichtet worden, die mit folgenden Worten beginnt:

„Arbeitsfreudiger! So haben sich die Herren der Stadt Krakau an den König Zygmunt gewandt, indem sie auf diese Weise keinen wesentlichen Charakterzug zum Ausdruck brachten. So auch wir, die polnischen Stadtvorordneten“, usw.

Sturm auf dem Kaspiischen Meer

Moskau, 27. November. (Pat.)

Auf dem Kaspiischen Meere wütet ein Sturm, der über 5000 Fischer auf ihren Schiffen überfällt. Mehrere Schaluppen sind untergegangen. Die Besatzung konnte gerettet werden. Auf die SOS-Rufe sind vier Rettungsschiffe mit Lebensmitteln und warmer Kleidung sowie zwei Flugzeuge aus Rostow am Don abgeschickt worden, um den Schiffbrüchigen Hilfe zu bringen. Der Sturm hat die Uferortschaften verursacht. Nach den letzten Meldungen sind fast alle Schiffe gerettet worden. In den Hafen Machatz-Kola wurden 900 gerettete Schiffbrüchige gebracht. Die Rettungsarbeiten waren durch Eisgang erschwert.

Fußballkrieg

Paris, 27. November. (Pat.) Aus Buenos Aires wird gemeldet, daß es im Schlusspiel um die Fußballmeisterschaft von Argentinien zu blutigen Zusammenstößen unter den Zuschauern kam. Das Publikum teilte sich in zwei feindliche Lager. Die Atmosphäre war so gereizt, daß ein geringer Zwischenfall auf dem Spielfeld eine wahre Schlacht zwischen den feindlichen Lagern hervorrief, die nach allen Regeln der Kriegskunst mit Revolvern, Säbeln und Messern geführt wurde. Mehr als hundert Personen wurden verletzt. Mehrere Personen sind in bedenklichem Zustand ins Krankenhaus eingeliefert worden.

Berlin, 28. November. Gegen den Mann der Sängerin Gertrud Binder Nagel ist neue Anklage erhoben worden, und zwar wegen Bedrohung seines Kindes und wegen Körperverletzung an seiner Schwägerin Alice Bindernagel.

